



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.03.2023
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Markplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:33 Uhr bis 19:12

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 16:57 Uhr
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertreter für Herrn Raue
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Teilnahme bis 19:14 Uhr
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme bis 19:12 Uhr
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Tobias Heinicke	Sachkundiger Einwohner Teilnahme bis 17:53 Uhr
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Elke Schwabe	Sachkundige Einwohnerin
Antje Hecht	Sachkundige Einwohnerin
Luna Möbius	Sachkundige*r Einwohner*in
Philipp Pieloth	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Annika Seidel-Jähmig	Referentin GB IV
Annerose Winter	Stellv. Leiterin Fachbereich Soziales
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Jan Kulka	Führungsunterstützer SGB II
Julia Franke	Koordinatorin Gesundheitsförderung und Frühe Hilfen
Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Maik Stehle	Stellv. Protokollführer

Gast

Ants Kiel	BBZ „lebensart“ e.V. Vertreter des Arbeitskreises Queer
-----------	--

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Sabine Bauer	Sachkundige Einwohnerin
Babett Hünert	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Haupt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt sagte, dass keine Punkte von der Tagesordnung zu nehmen oder draufzusetzen sind. Sie verwies lediglich auf schriftliche Mitteilungen, welche unter den Tagesordnungspunkten 6.2 bis 6.6 hinterlegt sind.

Es gab keine Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.02.2023
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Aktionsprogramm der Stadt Halle (Saale) zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt 2023-2026
Vorlage: VII/2022/05078
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Verwaltungskommunikation in Leichter Sprache
Vorlage: VII/2023/05232
6. Mitteilungen
 - 6.1. Verfahrensänderung zu Bildung und Teilhabe - Leistungen für soziale und kulturelle Teilhabe
Vorlage: VII/2023/05293
 - 6.2. Sozialberichterstattung - Seniorenstudie
Vorlage: VII/2023/05309

- 6.3. Berichterstattung für das Jahr 2022 zu den Frühen Hilfen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05394
- 6.4. Darstellung der Erträge und Aufwendungen zu den Angeboten Bildung und Teilhabe des
Haushaltsjahres 2022
Vorlage: VII/2023/05395
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachmittelbudget des
Quartiersmanagements
Vorlage: VII/2023/05300
8. Anregungen
- NÖ Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
9. Niederschrift vom 09.02.2023
- NÖ Beschlussvorlagen
10.
- NÖ Anträge von Fraktionen und Stadträten
11.
- NÖ Mitteilungen
12.
- NÖ Anfragen von Fraktionen und Stadträten
13.
14. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung
der Niederschrift vom 09.02.2023**

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 9. Februar 2023.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Aktionsprogramm der Stadt Halle (Saale) zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt 2023-2026** **Vorlage: VII/2022/05078**

-Auf Antrag des Stadtrates Carsten Heym erfolgte zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Haupt

Und zwar geht es heute um das Aktionsprogramm der Stadt Halle (Saale) zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Frau Wildner wird gleich dazu sprechen. Ich möchte an der Stelle einräumen oder sagen, dass die Fraktionen, ich muss mal gucken, ich glaube, es waren alle oder fast alle, ein Schreiben bekommen haben vom Arbeitskreis Queer. Da geht es auch noch mal um einen Antrag, sage ich mal. Nun kann der Arbeitskreis Queer keinen Antrag stellen. Er hat die Fraktionen gebeten, darüber nachzudenken, ob wir diesen Antrag übernehmen. Nun war das aber erst am vergangenen Donnerstag, soweit ich jetzt rechne, und wir hatten, und ich weiß von anderen Fraktionen auch, keine Fraktionssitzung und konnten sich darüber nicht verständigen.

Ich würde deshalb als erstes beantragen, nachdem Frau Wildner gesprochen hat, also die Beantragung kann ich schon mal sagen, ich würde gerne darüber abstimmen, dass wir Herrn Ants Kiel in Vertretung für den Arbeitskreis Queer noch mal zu Wort bitten, also das Rederecht einräumen, dass er den Antrag vorstellen kann und ich will auch jetzt ankündigen, dass ich dann den Antrag stellen würde, dass wir nochmal diese Vorlage, die wir heute aber diskutieren können, vertagen können, damit wir in den Fraktionen noch mal Gelegenheit haben, über diesen Antrag zu reden und den dann auf die nächste Sitzung verschieben. Das würde ich schon mal an dieser Stelle sagen, damit Sie drüber nachdenken können.

Wenn Sie so einverstanden sind, würde ich jetzt aber erstmal so verfahren. Wollen wir gleich abstimmen über das Rederecht? Machen wir es gleich. Die Stadträte würde ich bitten meinem Vorschlag zu folgen, wenn Sie das möchten, dass wir Herrn Kiel das Rederecht einräumen, damit er nachher den Antrag noch mal vorstellen kann. Wer mit dem Rederecht einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Keiner. Eine Enthaltung. Gut, damit wäre das angenommen und Herr Kiel kann sich schon mal vorbereiten.

Aber erstmal bringt Frau Wildner die Vorlage ein.

Frau Wildner

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt heute das Aktionsprogramm der Stadt Halle (Saale) zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt vor. In der Begründung habe ich eigentlich ja schon das Wesentliche ausgeführt. Das Aktionsprogramm wurde entsprechend des Beschlusses vom September 2021 zur, sozusagen, das hat den Auftrag ausgelöst, ein solches Aktionsprogramm durch die Stadt erstellen zu lassen. Im Antrag war auch formuliert, dass es in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Queer, der ja sozusagen auch Initiator dieses fraktionsübergreifenden Antrages gewesen war, erfolgen soll. Also, es waren schon ein paar Maßgaben, wie das Programm erarbeitet werden soll auch vorgegeben.

Solche Programme zu erarbeiten ist in der Regel, wie auch hier, ein relativ langwieriger

Prozess, weil es eine große Beteiligung braucht, um die größtmögliche Chance zu haben, dass ein solches Programm auch Mehrheiten findet. So hat sich das auch hier bei diesem Aktionsprogramm dargestellt. Also, es hat eine ganze Weile gedauert und dieses Programm, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist das Papier, was die Stadtverwaltung für realisierbar und machbar hält. Es enthält verschiedene Projekte, eigentlich alle unter Einbeziehung externer Partnerinnen und Partner auch, und es wird auch nach Beschlussfassung zu diesem Programm erst mit der Arbeit richtig losgehen. Also, das Programm ist ja nur die Basis dessen, was praktisch dann auch in der Stadt umgesetzt werden soll.

Es ist ganz, mit Absicht, eine Laufzeit von insgesamt dreieinhalb, also vier Jahren, 2023 bis 2026, vorgesehen, weil aus der Erfahrung auch der Gleichstellungsaktionspläne zur Chancengleichheit von Frauen und Männern auf kommunaler Ebene, wo wir uns gerade in der dritten Laufzeit befinden, sich gezeigt hat, wenn die Laufzeit sehr kurz ist, ist es immer sehr schwierig die Projekte umzusetzen. Sondern, man sollte sich selber auch die Möglichkeit geben, gut die Projekte vorzubereiten und umzusetzen. Außerdem gibt es auch immer mal Widrigkeiten, die dann das auch verzögern und dann haben wir wieder das Problem, dann ist die Laufzeit zu Ende. Also, das war auch gar nicht zufällig, dass wir die Laufzeit hier dann auf vier beziehungsweise, wenn es dann beschlossen ist, knapp dreieinhalb Jahre oder reichlich dreieinhalb Jahre auslegt haben.

Und genauso wenig zufällig ist es, dass auch die Projekte nicht auf Jahresscheiben aufgeteilt sind, weil auch da die Erfahrung gezeigt hat, dass man sich selber bindet, wenn man sagt, das muss im Jahr so und so stattfinden, und dann ist irgendwas, was nicht so gut funktioniert. So sind die Träger und auch die Stadtverwaltung und alle anderen Beteiligten in die Lage versetzt, sozusagen auch hier flexibel zu reagieren.

Das vielleicht erstmal von meiner Seite. Also, die Finanzen, dazu sind Aussagen getroffen. Das muss alles ausgehandelt werden und dann sozusagen von mir in die Haushaltsplanung des jeweiligen nächsten Jahres versucht werden einzubringen. Das hat alles einen großen prozesshaften Charakter dann. Aber, was zu beschreiben war, ist zumindest erstmal schon mit enthalten. Es ist ja wie eine Art Grundsatzgeschichte und wir starten auch. Wir hatten ja so ein Programm noch nicht bei uns in der Stadt.

Frau Haupt

Richtig, das ist neu. Ich würde Sie auch bitten, Ihre Fragen noch zurückzuhalten. Ich würde vorschlagen, dass wir Herrn Ants Kiel, dem wir eben das Rederecht ausgesprochen haben, vielleicht noch mal die Intention vom Arbeitskreis Queer vorstellt und dann, würde ich sagen, steigen wir in die Diskussion ein.

Herr Kiel

Guten Tag an alle Teilnehmenden. Die meisten werden sicher mal reingeguckt haben in das Aktionsprogramm, in den Vorschlag, der Ihnen zur Beschlussfassung vorliegt. Wir als Arbeitskreis Queer können mit allen Punkten leben, die drinnen sind. Wir hatten ursprünglich auch mal einen eigenen Entwurf erstellt, auf dessen Grundlage auch dieses Aktionsprogramm erstellt worden ist.

Was allerdings nicht mit in dem vorliegenden Beschlussentwurf drin war, sind Maßnahmen, die wir für wichtig halten, die etwas mehr Geld kosten. Wenn Sie mal durchgucken, die meisten Maßnahmen bestehen oder beruhen auf bestehenden Ressourcen, dass man die in Anspruch nimmt von verschiedenen Organisationen, die nicht nur beim Arbeitskreis Queer, sondern darüber hinaus auch tätig sind, mit uns vernetzt sind. Deshalb wäre uns wichtig, wir haben also innerhalb des Arbeitskreis Queer beratschlagt über die Punkte, die wir auch für wichtig sehen. Da gibt es noch andere Punkte, zum Beispiel bei der Stadtverwaltung eine Beauftragten-Stelle für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu schaffen oder Referentenstelle, auch die zur Verfügung zu stellen, und eines queeren Raumes, der breit

genutzt werden kann. Aber, das haben wir bei Seite gelassen.

Konsens war in unserem Arbeitskreis Queer, die Forderung, dass beim BBZ Lebensart als das queere Zentrum von Halle, der Geschäftsführungsbedarf anerkannt wird und auch gefördert wird. Sie müssen wissen, dass das BBZ Lebensart, als die zentrale LSBTI Einrichtung in der Stadt Halle, bekommt im Jahr 17.500 Euro. Und wenn man das mit anderen Städten, vergleichbaren Städten, vergleicht, also ich will gar nicht nach Erfurt gucken und so weiter, also, oder Leipzig, das reicht seit vielen Jahren schon nicht mehr aus. Und die Situation bei uns im BBZ Lebensart, wo meine Fachstelle angegliedert ist, wird jetzt in diesem Jahr noch mal prekärer.

Also, Sie können diesen Zentrum auch im Rahmen dieses Zukunftsprogrammes, also Deutsche Einheit und Europäische Transformation, es ist, denke ich mal, auch schön, diesen queeren Leuchtturm, dieses Zentrum von Halle noch mehr zu stärken. Und ich bin auch bereit als Vertreter des Arbeitskreises Queer in die Fraktionen noch mal zu kommen und ein bisschen mehr Zeit noch zur Diskussion, zur Darlegung der Situation, auch noch zu haben. Aber soweit erstmal von mir.

Und wir bitten um Entschuldigung, ich muss, wir wissen noch nicht so, über den konkreten Text, sozusagen, ich musste dem Arbeitskreis Queer auch ein paar Tage Zeit einräumen, welchen Punkt wir Ihnen noch vorschlagen und deshalb ist es halt erst letzten Donnerstag geworden. Da bitten wir um Entschuldigung. Und wir haben also diese Bitte um einen Ergänzungsantrag nur den Fraktionen gesendet, wo wir eine Chance sehen, eine kleine Chance sehen, oder eine große Chance sehen, dass die wohlwollend gegenüber diesem Anliegen reagieren.

Frau Haupt

Dankeschön, Herr Kiel. Ich würde sagen, wir nutzen die Zeit jetzt, alle Fragen loszuwerden, die Sie zu dem Programm haben, vielleicht auch zu dem Antrag, wie auch immer. Es kann gefragt werden, bitteschön. Bitte.

Frau Dr. Schöps

Ich habe eine kleine Nachfrage, die ich schon im letzten Ausschuss gestellt habe, wir haben leider keine Antwort darauf bekommen.

Frau Haupt

Heute ist eine Antwort gekommen. Entschuldigung, dass ich dazwischen ...

Frau Dr. Schöps

Okay, heute Nachmittag habe ich nicht noch mal reingeguckt. Vielleicht kann man mir die Antwort jetzt trotzdem mündlich geben. Ich hatte nachgefragt, da erwähnt worden war, dass die Rückläufe ja recht schleppend gekommen waren, vom Anschreiben der einzelnen Fachbereiche oder nein, vom Anschreiben der einzelnen Beteiligten, hatten wir nachgefragt, wer da vor allem saumselig war, ob das auch Bereiche der Stadtverwaltung waren und wenn ja, welche. Vielleicht kann man mir das jetzt doch pauschal beantworten, da muss ich nicht in meine E-Mails schauen.

Frau Haupt

Ich habe sie gelesen, ich habe sie auch hier. Die Antwort der Verwaltung ist, ich sage noch mal die Frage für alle:

Frau Dr. Schöps fragte zur Antwort der Verwaltung: "Die Resonanz war sehr unterschiedlich; von manchen Angeschriebenen gab es trotz wiederholter Ansprache keine Reaktion." nach, um wen es sich hierbei handelt. Wer hat nicht reagiert?

Und die Antwort der Verwaltung: Es gab keine Rückmeldungen von einer städtischen Tochter und von einem privaten Akteur.

Frau Dr. Schöps

Habe ich jetzt nicht so verstanden. Ich habe verstanden, es gab keine Antwort von einem privaten Akteur, und nicht, ne? Also, aber alle Bereiche der Stadtverwaltung haben geantwortet? Okay, das war ja unsere Hauptfrage, denn, wäre das nicht so gewesen, hätte ich jetzt nachgefragt, wie die Stadtverwaltung damit umgehen will. Gut, auf private Akteure haben wir leider nicht den Einfluss. Es ist nur ein trauriges Ergebnis für das Interesse an diesen Themen. Dankeschön.

Frau Haupt

Gut, danke, Frau Dr. Schöps. Frau Wildner möchte gleich dazu.

Frau Wildner

Grundsätzlich hatte ich zunächst auch so eine Bewertung. Natürlich, wenn man jemanden anschreibt und er reagiert nicht, ich würde jetzt vielleicht tatsächlich es so werten und hoffen, dass es auch im weiteren Verlauf der Diskussion, auch im Stadtrat und wenn dieses Programm dann auch umgesetzt werden soll, sich eher als das rausstellt, was man ja auch manchmal vermuten kann, wenn jemand nicht antwortet, ist er damit einverstanden. Weil, es im Grunde genommen, ich will es jetzt nicht schönreden, aber es war die Abfrage: Sie sind als Kooperationspartner / -in vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? Haben Sie weitere zusätzliche Vorschläge? Und wenn dann jemand nicht antwortet, könnte man es auch so werten, wollen wir es mal positiv sehen.

Frau Haupt

Gut, danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Oh, jetzt war erst Herr Senius, dann Frau Dr. Brock-Harder und dann sind Sie dran, Herr Heym.

Herr Senius

Also einmal, ich finde es gut, dass wir das Aktionsprogramm jetzt vorliegen haben. Ich hätte inhaltlich da auch gar nichts auszusetzen. Das finde ich notwendig, dass wir das als Stadt haben und dass wir uns zu den Herausforderungen, die damit verbunden sind, auch bekennen. Dazu gehört auch die finanzielle Unterstützung, deshalb ist es für mich sehr nachvollziehbar, dass der Arbeitskreis Queer da mit einer Antragsidee an alle herangetreten ist.

Wenn ich es richtig gelesen und verstanden habe, wäre das ja etwas, was ohnehin erst für den Haushalt 2024 tragfähig wäre und umgesetzt werden könnte. Für mich an der Stelle natürlich auch die Frage, unabhängig davon, dass der Antrag als Antrag der Fraktion oder Fraktionen noch nicht vorliegt, was ist denn da so die erste spontane Einordnung der Verwaltung dazu zu dem Antrag?

Frau Haupt

Wollen wir sammeln? Vielleicht kommt noch mehr. Dann würde ich jetzt Frau Brock-Harder bitten und dann ist Herr Heym dran.

Frau Dr. Brock-Harder

Ich habe zwei Fragen. Eine, die ich schon mitgebracht habe, eine, die noch mal entstanden ist.

Die mitgebrachte ist die: Unter Punkt 2.2.2 steht ein Koordinierungskreis. Ist das praktisch identisch mit dem Arbeitskreis Queer oder ist da noch jemand anderes beteiligt? Ist das synonym zu betrachten oder verbirgt sich hinter dem Koordinierungskreis noch was Anderes?

Und die zweite Frage ist jetzt die noch mal zu dem vermeintlichen Antrag, den wir ja noch nicht haben beziehungsweise, der ja auch eigentlich, wie es Herr Senius schon gesagt hat, gar nicht stellbar ist, zurzeit. Also, wir haben ja gar keine Möglichkeit Haushaltsmittel in irgendeiner Form noch zu generieren. Insofern habe ich es jetzt noch nicht so ganz verstanden, was wir dann in einer zweiten Lesung anders haben an Fakten als heute.

Frau Haupt

Ich will nur mal das Zweite sagen: Das ist richtig. Der Antrag ist noch nicht da, aber der ging an die Fraktionen und die Fraktionen sollen sich ja, das war die Bitte, sich dazu verständigen und wir dann gegebenenfalls einen Änderungsantrag machen, der dann aber ja mit dem Programm behandelt werden müsste. Und weil wir das noch nicht konnten, ich hatte vorher auch schon mal einige Fraktionen gefragt, weil viele auch am Montag keine Fraktionssitzung hatten, wäre so eine Möglichkeit, dass wir dann die Vorlage noch mal um einen Monat vertagen und dann gegebenenfalls diesen Antrag dann mit behandeln können, um dem gerecht zu werden, dass wir uns in den Fraktionen noch mal darüber verständigen. So hatten wir das auch mit den Geschäftsführern beredet, aber wie gesagt, das ist ein Vorschlag. Herr Heym.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Also, ich bin einigermaßen irritiert und entsetzt, wie das hier vonstattengeht. Wenn ich mich recht erinnere, war der Stadtratsbeschluss bezüglich dieses Auftrages an die Verwaltung, die Erstellung dieses Konzeptes unter Einbeziehung BBZ und Queer.

-Zwischenruf-

Herr Heym

Genau. Bin ich jetzt dran, oder führen Sie jetzt hier das Gespräch?

Frau Haupt

Ja. Ich habe aber gesagt, wir sammeln, weil es jetzt noch mehrere gibt, das hatte ich vorher gesagt ...

Herr Heym

Ich war nur irritiert, ich wollte es nur klären.

Frau Haupt

Herr Heym ist jetzt dran und dann hat Frau Wildner das Wort, um die Fragen dann zu beantworten.

Herr Heym

So, dann haben wir uns heute im Ausschuss hier zusammengefunden und das Thema auf der Tagesordnung, um es zu besprechen. Dazu gehört dann auch eine adäquate Vorbereitung und ganz groß, über diesem Thema, ist der Oberbegriff Akzeptanz. Und wenn ich dann höre, von einem Initiator, dass er seine Ideen und Anforderungen nur Teilen der städtischen Vertreter zur Kenntnis geben möchte, wo er sich Zustimmung erwartet, dann ist das mit Sicherheit nicht einer Akzeptanz zuträglich, sondern genau das Gegenteil dessen, was man erreichen will. Ich bin entsetzt. Ich kann das nur noch mal wiederholen.

Frau Haupt

Jetzt würde ich Frau Wildner bitten auf die Fragen, die gestellt worden sind, zu antworten. Dazu noch? Okay, wenn Sie einverstanden sind, Frau Wildner, dann würde ich Sie noch mal zurückstellen und dann dürfen Sie jetzt fragen.

Herr Schachtschneider

Ja, vielen Dank. Ich hangle mich jetzt an dem, was da so als Vorschlag vom Arbeitskreis gekommen ist und da stehen ja so circa 12.000 Euro. Ich habe es aber nicht gefunden oder so was. Wie ist das untersetzt? Ist das eine halbe Stelle, eine viertel Stelle oder so was? Kann man dazu etwas sagen? Oder ist das eine Ausweitung der Arbeit oder ist das eine Bezahlung von Minijobs? Also, das hätte ich ganz gerne ein bisschen erklärt.

Frau Haupt

Möchten Sie da auch drauf antworten, oder? Ja.

Frau Wildner

Also, die erste Frage von Herrn Senius war: Wie wir uns zu dieser Forderung da, die Geschäftsführungskosten mit 12.000 Euro in das Programm reinzunehmen, reinzustellen.

Es war ja in dem Entwurf, das haben Sie ja in dem Antrag oder in der Bitte entnehmen können, in dem Entwurf des Arbeitskreis Queer, der sozusagen die inhaltliche Grundlage des städtischen Programms ja dargestellt hat, enthalten. Wenn wir eine Möglichkeit gesehen hätten, so ein Projekt im Plan zu realisieren, dann hätte ich das dort mit aufgenommen. Aber, diese Position war innerhalb der Stadtverwaltung nicht darstellbar. Also, deshalb ist es auch als Projekt in unserem Entwurf jetzt nicht vorhanden.

Dann Frau Dr. Brock-Harder, ich bin jetzt mit der Zahl ein bisschen, meinen Sie das Projekt 2.2.2 oder? Helfen Sie mir noch mal auf die Sprünge. Also, Sicherung und Unterstützung des Koordinierungskreises Sexualität und Gesundheit Halle-Saalkreis? Das?

Das ist was Anderes. Das ist im Gesundheitsamt oder da ist das städtische Gesundheitsamt federführend und da sind auch noch weitere Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter auch aus dem Saalekreis mit dabei. Das ist auch schon eine Institution oder ein Arbeitskreis, der schon sehr lange genau eben nur diese Themen, was heißt nur, also die Themen Sexualität und Gesundheit in Halle (Saale) und Saalkreis bespricht. Und da ist meines Wissens eben auch entweder der Arbeitskreis Queer oder das BBZ mit, also jedenfalls gibt es da eine Schnittstelle. Aber das ist nicht dasselbe.

Frau Dr. Brock-Harder

Ganz kurz. Könnten wir das für das Protokoll als Anlage bekommen, wer da tatsächlich alles drin ist?

Frau Haupt

Frau Wildner, kriegen wir hin?

Frau Wildner

Ja. Das ist zum Beispiel ein Projekt, das ich eben aus dem Entwurf des AK Queer durchaus übernommen habe, aber noch ein Stück bearbeitete. Also, das ist wirklich so eine Gemeinschaftsarbeit, könnte man durchaus sagen, weil ich auf den Wünschen, wo ich sage, der Programmwurf des AK Queer ist sozusagen eine Maximalvorstellung dessen, was man sich für die Stadt Halle wünscht und das, was jetzt sozusagen auf dem Tisch liegt, ist das, was wir uns als Stadtverwaltung aktuell realisierbar in diesem Zeitraum vorstellen können. Da gehen eben sozusagen die Dinge manchmal ein bisschen auseinander, auch in den Formulierungen. Wenn Sie beide Programme nebeneinanderlegen, werden Sie bei manchen Projekten feststellen, die sind als Projekt auch im Entwurf der Verwaltung drin, aber in der Formulierung sozusagen ein Stück modifiziert.

Dann hatten Sie auch eine Frage zum Antrag. Das kriege ich jetzt nicht mehr ganz zusammen. Also, der AK Queer, sozusagen den Förderantrag. Hatten Sie da, Frau Brock-Harder, auch noch eine Frage dazu?

Frau Dr. Brock-Harder

Naja, ich hatte, ein bisschen ist das jetzt schon beantwortet worden mit Ihrer Antwort auf Herrn Senius, ich hatte gefragt, woher denn überhaupt das Geld kommen soll.

Frau Wildner

Ja, das frage ich mich auch.

Aber, dann kann ich ja vielleicht gleich noch was zu Herrn Schachtschneider sagen. Da passt das ja dann auch noch dazu. Also, das, was Ihnen sozusagen jetzt vom AK Queer in der Mail übermittelt wurde, ist im Grunde, glaube ich, eins zu eins das, was das Projekt in deren Programmentwurf enthält. Mehr Informationen liegen mir auch nicht vor. Aber Herr Kiel hatte ja angeboten, dass er das eventuell in den Fraktionen noch näher erklären kann.

Frau Haupt

Gut, Dankeschön. Jetzt habe ich Herrn Schöder gesehen.

Herr Schachtschneider

Also, meine Frage wäre nur Personalkosten, Sachkosten.

Frau Haupt

Jetzt habe ich erstmal Herrn Schöder.

Herr Schöder

Ich hatte eine ähnliche Frage jetzt. Ist es möglich, an Herrn Kiel noch mal eine Frage zu stellen?

Frau Haupt

Ich sammle dann auch, damit Herr Kiel das dann auch gesamt noch mal machen kann. Da würde ich erstmal die Wortmeldung jetzt nehmen und dann würde ich Herrn Kiel nochmal bitten.

Herr Schöder

Wir hatten das zwar gelesen, mich würde aber von ihm noch mal interessieren, wie umfangreich oder wie waren die Tätigkeiten, die Sie in letzter Zeit mit diesem Zentrum gemacht haben so im Groben? Das würde mich ganz gerne noch mal interessieren. Hier geht es ja um einen normalen freien Verein und man braucht schon eine gewisse Bedeutung, dass man also Vereine dann auch von staatlicher, von städtischer Seite, her unterstützt. Das würde mich mal interessieren. Danke.

Frau Haupt

Haben Sie aufgenommen, ja, Herr Kiel? Gut. Und Herr Schachtschneider, wollten Sie noch? Oder war das nur jetzt eine Zwischenbemerkung?

Herr Schachtschneider

Naja, Frau Wildner konnte das ja nicht so richtig genau beziffern. Also, ich würde jetzt zu den 12.000 Euro, vielleicht da noch ein paar Erklärungen, das ich es meinen Fraktionskollegen auch ein bisschen erläutern kann am Montag.

Frau Haupt

Gut. Frau Dr. Schöps.

Frau Dr. Schöps

Ja, ich habe auch eine entsprechende Nachfrage ein bisschen anderer Art. Und zwar kann ich mich erinnern, dass dieses Anliegen des BBZ Lebensart ja schon vor einer ganzen Weile formuliert und herangetragen wurde, und dass dieser Finanzbedarf natürlich auch irgendwie nachvollziehbar ist. Aber, das BBZ Lebensart arbeitet ja nicht nur für die Stadt Halle, auch nicht nur für Halle und den Saalekreis, sondern, wenn ich nicht falsch informiert bin, für das Südliche Sachsen-Anhalt. Inzwischen entsprechend bekommen sie auch Förderung vom Land. In dem Schreiben an uns stand nun sehr kurz gefasst, ja, in den Förderrichtlinien des Landes kommt so was nicht vor, also das Land fördert einfach mal eine praktische Funktionsstelle, die organisiert wird, nicht, und deshalb bitten wir die Stadt, das zu übernehmen.

Da möchte ich mal fragen, also, das scheint mir ein bisschen, ja. Förderrichtlinien schön, aber Förderrichtlinien sind an sich auch nicht in Beton gegossen. Deshalb meine Frage an Herrn Kiel: Sähen Sie auch eine Möglichkeit, dass die Stadt Sie beim Land unterstützt, um, meinerwegen durch eine Änderung der Förderrichtlinie oder irgendwas in der Art, zu ermöglichen, dass das Land, das finanziert? Ich fände das unter dem Blickwinkel, dass das ganze Südliche Sachsen-Anhalt bedient wird, was ja auch ein bisschen Aufwand verursacht, sehr viel angemessener. Danke.

Frau Haupt

Gut. Jetzt habe ich erstmal, doch eine würde ich noch mitnehmen, wir gucken dann, ob wir alles zusammen kriegen.

Herr Haak

Eine ganz kurze Nachfrage an Frau Wildner, ob ich das richtig verstanden habe. Wir sind ja so ein bisschen irritiert über die zeitlichen Abläufe. Sie haben das ja heute vorgestellt, den Aktionsplan, der zusammen mit den Kollegen erstellt wurde. Und jetzt kommt im Nachhinein dieser Änderungsantrag, an die Fraktionen herangetragen. Also, dieser Finanzbedarf war bei dieser Erstellung an Sie gemeldet worden und Sie haben aber nach Rücksprache innerhalb der Verwaltung das mit Absicht nicht übernommen, um das, weil Sie da keine Möglichkeit sehen, das? Okay, alles klar, vielen Dank.

Frau Haupt

Ich würde Frau Wildner und dann Herrn Kiel.

Frau Wildner

Ja, also im Grunde genommen ist das genau die Antwort. Allerdings wird das BBZ als besonderer Verein und Träger für diesen Bereich, ja über die Richtlinie gefördert und hatte ja, wenn Sie sich erinnern, wir hatten in der letzten Sitzung ja die Förderung, auch für 2023 einen erheblichen Finanzbedarf angemeldet. Also, von der Koordinierungsstelle, also Personalstelle, ist tatsächlich im Moment mit dem Geld der Stadt Halle nur 10 Stunden möglich, wenn man tarifgerecht bezahlt und das ist sicher auch angemessen. Aber die Aufstockung auf 30 Stunden müsste man dezidiert begründen.

Und in diesem Jahr war auch das Volumen in den Transferleistungen in meinem Bereich einfach nicht höher. Deswegen wäre die Überlegung, es für zumindest fürs nächste Haushaltsjahr, wir planen ja immer nur Jahresscheibenweise, einen gewissen Mehrbedarf dann aber auch bei allen Vereinen, die nach Richtlinie gefördert werden, die hatten alle mehr angemeldet, als möglich war, im Rahmen der Haushaltsanmeldung auch für meinerseits

anzumelden. Das jetzt hier in dem Programm als separate Förderung zu verankern, sieht die Stadtverwaltung tatsächlich nicht.

Herr Kiel

Kurz zum Profil in den Schwerpunkten eines LSBTI -Centrums, also die Neugründung, heißen die jetzt alle Queeren Zentren, den Begriff können Sie bei uns auf der Website nachlesen, es ist ähnlich vom Profil her, wir bieten professionelle Beratung und Bildungsarbeit an. Konkret meine Stelle: 20 Wochenstunden, wird vom Land finanziert. Ich mache in Sachsen-Anhalt Erwachsenenbildung und Bildungsarbeit mit beruflichen Multiplikator/-innen, die Beratung ist bei allen queeren Zentren ein Hauptschwerpunkt. Erst heute wieder, ich komme jetzt vom Verein, gibt es wieder jeden Tag Beratungsanfragen, die wir bekommen, telefonisch, persönlich oder per E-Mail und so ein Markenkern eines queeren Zentrums ist eben auch die Gruppen und die Treffs und die Veranstaltungen, die dort stattfinden und wenn Sie mal auf unsere Website gucken: bbz-lebensart.de sehen Sie da ein großes Spektrum an Gruppen.

Ich habe jetzt gesagt, obwohl ich kaum Zeit habe, wir machen jetzt auch ein Projekt für Ältere „LSBTI ab 50 Jahre“, da ist ein enormer Bedarf da und was ich hoffe, dass meine Stelle bald auf 30 aufgestockt wird. Das Problem ein Stück ist, dass das Land sagt, wir fördern fachliche Arbeit, im Gegensatz zu den AIDS-Hilfen, aber die werden aus einem ganz anderen Topf gefördert, die AIDS-Hilfen kriegen ja 40 Wochenstunden, die beiden in Sachsen-Anhalt bezahlten Geschäftsführungen und auch der Saalekreis zum Beispiel sagt, wir fördern fachliche Arbeit, fachliche Arbeit und das Problem ist bei uns im Verein, die Geschäftsführung wird komplett, komplett ehrenamtlich gemacht. Und das ist ein Zustand, wenn Sie das live bei uns erleben würden, das kann nicht nur Herr Lange und Andere, die bei uns im Verein sind, berichten, und die ja wirklich die Arbeit wegtragen. Jetzt wird uns eine Schlüsselperson verlassen in diesem Jahr, auf Grund des Umzuges weiter weg, und ich will es mir nicht vorstellen, die Situation, also da muss es dringend eine Entlastung geben. Bislang wird eben nur die Beratung gefördert und die Koordination des Fachzentrums, Gruppen usw. und die Koordination von Veranstaltungen. Aber nicht der Geschäftsführungsbedarf, da gibt es keine Förderung.

Herr Schachtschneider

Na dann würde ich das einfach mal so rauslesen, das ginge jetzt rein um die Personalkosten für einen Geschäftsführer.

Herr Kiel

Ja, ja. Und diese 12 000 sind ja auch nicht, das läuft ja nicht auf 30 Wochenstunden, sondern das läuft auf 20 Wochenstunden hinaus.

Unverständlicher Zwischenruf

Herr Kiel

Ja von 23, ja, deswegen war das schon ein Zugeständnis, also keine 30 000 insgesamt, sondern, äh, keine 40 000, sondern 30 000.

Frau Haupt

Gut, bleiben Sie mal sitzen. Frau Dr. Schöps nochmal.

Frau Dr. Schöps

Na ich wollte nur nochmal nachfragen, weil ich meine Frage nicht ganz vollständig beantwortet fand, ich hatte ja gefragt: Wie schätzen Sie es ein, wäre es möglich, dass die Stadtverwaltung versuchen könnte, Sie zu unterstützen bei einer Forderung an das Land? Sie sagen: das Land sagt, der Saalkreis sagt, ja, steht wahrscheinlich auch in deren Förderrichtlinien, schön, aber das muss ja nun nicht sein, was, noch dazu, wenn es bei der

AIDS-Hilfe und bei anderen ja anders läuft, was in Beton gegossen bleibt. Ich würde da eigentlich die größeren Chancen sehen, nun kennen Sie aber die Szene, auch die administrative, ob die beim Land besser und deshalb hatte ich gefragt, wie schätzen Sie das ein? Auch von der Stadt wäre ja eh erst für den Haushalt 2024 was möglich, wie schätzen Sie ein, dass die Stadt Sie unterstützen könnte bei einer Forderung an das Land?

Herr Kiel

Also wir würden uns freuen, das Problem, das da noch ein Aufwand für uns hinzukommt, wieder für den rein ehrenamtlichen Vorstand, das mit zu koordinieren. Aber wenn die Stadt uns damit unterstützt, natürlich sind wir für so etwas offen, ja und ich verstehe auch die Frage, zu sagen, also wenn es ein Zentrum zwar hier mit Sitzen dem Oberzentrum Halle aber auch unsere Nachfragen Menschen und Einrichtungen, Organisationen, die kommen ja nicht nur aus Halle, ja, da verstehe ich diese Anfragen schon, dieses Anliegen von Ihnen schon, da sind wir offen, aber ich sehe schon in Gedanken meinen Vorstand, der jeden Dienstag viele Stunden sitzt und darüber hinaus, ganz prekär, ganz prekär.

Frau Haupt

Gut, ich habe jetzt zwei Wortmeldungen, Herr Schöder und dann Herr Heym.

Herr Schöder

Also, wir kündigen dann tatsächlich schon mal an, dass wir einen Änderungsantrag einbringen würden in dieser Richtung, dass wir die Stadt auffordern, also eine Mitteilung an das Land zu machen, denn die Begründung ist mir eigentlich völlig klar. Wenn das hier das gesamte Sachsen-Anhalt, das südliche Sachsen-Anhalt, angeht, da kann man die Landesregierung nicht außen vorlassen. Also das ist erstmal für mich einfach simpel. Das Zweite, ich habe auch mal einen Verein gegründet, war auch viele Jahre, 15 Jahre Vereinsvorsitzender, ehrenamtlich. Sie erwähnen immer den Begriff ehrenamtlich, ja, also, ich wäre nie auf die Idee gekommen, dass ich da eine Unterstützung beantrage, ja, also das ist immer eine Frage, wie sehe ich es ehrenamtlich und wie sehe ich es nicht. Das müsste man dann schon für mich etwas heftiger begründen.

Herr Heym

Ja, meine Frage geht so ein bisschen in die Richtung. Sie sprachen davon, dass Sie Multiplikatoren beraten und schulen, wer sind denn diese Multiplikatoren, welche, wohin wird denn multipliziert?

Herr Kiel

Konkret, also zum Beispiel im letzten Jahr, nehmen wir Beispiele Fachoberschulklassen, Pflegeausbildung wird verstärkt nachgefragt, da gibt es einen progressiven Landeslehrplan, Polizei, Revier Halle, diese Schulung würde ich gern auch mit anderen Bereichen noch machen, in soziokulturellen Zentren, in, überall, wo sich Erwachsene treffen, das ist mein Angebot. Derzeit mache ich das nur defensiv, sobald meine Stelle auf 30 Wochenstunden, da kann ich das auch offensiv für das Land Sachsen-Anhalt anbieten. Ich sage mal ganz floppig, ich bin dann der „Erklärbar“ oder der Mensch, der geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, insbesondere für Erwachsene, die noch ein Stück Vorbehalte haben. Wir möchten die mitnehmen, in Bezug auf mindestens Toleranz, Toleranz ist etwas Fragiles, heißt Dulden. Aber es gibt auch eine aktive Toleranz, da wäre schon viel gewonnen. Und ich bin derjenige, der etwas erklärt, ja, mit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz, was ist Nicht-binäre Identität usw.

Herr Heym

Nachfrage in dem Sinne, dann müsste man doch aber unterscheiden, über, auch wenn man sich über die Finanzierung und die Unterstützung entsprechend Gedanken macht, wäre es denn in Zuständigkeiten der Stadt Halle und wo liegen die Obliegenheiten auch anders?

Weil, ich möchte hier ein Vorurteil aufräumen, ich sitze hier als Stadtrat, als Vertreter der Bürger und entscheide, wie die Mittel und Ressourcen der Stadt Halle verwendet werden. Das ist primär meine Aufgabe, gemeinsam mit Ihnen. Und da muss ich mir Gedanken darüber machen und deswegen muss ich Fragen stellen und abwägen. Das hat mit persönlichen Animositäten in der Regel nichts zu tun und dann sind entsprechende, auch kritische Fragen, zu stellen, weil es mir manchmal so vorkommt, als wird hier tatsächlich dieser Prozess schon mit Argwohn beäugt und das ist nicht angemessen, das möchte ich mal zum Ausdruck bringen.

Herr Schachtschneider

Ja, ich habe jetzt nochmal eine Frage. Eigentlich könnte ich die Herrn Kiel stellen, ich stelle sie aber bewusst nicht, weil Sie ja eigentlich ein Betroffener sind und ich würde jetzt mal an die Verwaltung, an Frau Wildner, die Frage stellen. Es war ja gerade die Frage ehrenamtliche Vorstandsarbeit, diese vielen Stunden ehrenamtlich und die fachliche Unterstützung des Landes, also wo es Mittel dafür gibt. Jetzt gehe ich mal in andere Bereiche rein, ob das die Jugendhilfe, der Sport, die Kultur usw. ist, da habe ich ja Beides auch. Ich habe Projekte, die werden gefördert, egal von wo und ich habe dieses Ehrenamt. Ist dieses Ehrenamt, was jetzt dort geleistet wird, doch dann anders zu bewerten, also mit, ich sage mit bezahlter Geschäftsführung oder ist es vergleichbar mit den anderen Ehrenämtern?

Frau Wildner

Also, für mich ist die Geschäftsführung Ehrenamt. Wenn ich einen Verein gründe, dann gründe ich den, weil ich da gemeinsame Interessen in einer bestimmten Struktur verfolgen will. Die Förderung, die wir seit bestimmt schon 25 Jahren auch dem BBZ sozusagen zur Verfügung stellen, richtet sich auf die Koordination der fachinhaltlichen Projekte, die für die Bevölkerung sozusagen initiiert und durchgeführt werden und je mehr Projekte, mehr Arbeit sozusagen dort anfällt und koordiniert werden muss, umso mehr müsste man die Koordination sozusagen aufbauen. Eine Geschäftsführung an sich ist für mich bei einem Verein, also das fördere ich woanders auch nicht, das sind koordinierende Stellen, die sozusagen, also in einem Betrieb wäre das vielleicht ein Betriebsleiter, keine Ahnung ja, aber in so einem Verein heißt das Koordination und hier ist es dann so eine Kombistelle je nachdem, da wird auch noch Beratung mit angegliedert. Sicherlich ist das nicht auskömmlich, das will ich gar nicht bestreiten, ja, dass da auch ein höherer Bedarf der Koordination der fachlich inhaltlichen Arbeit und auch der Gruppen und der Angebote zu leisten ist und vielleicht auch ein Beratungsbedarf gestiegen ist, das stelle ich alles überhaupt nicht infrage. Die Koordination ist notwendig und möglicherweise sind da 10 Stunden mittlerweile auch zu wenig, wir müssen uns darüber Gedanken machen, dass das auch erhöht, wenn das der Fall ist, sozusagen diese Arbeit dann nicht mehr geleistet werden kann, aber ich möchte auch nochmal darauf hinweisen, wir sind für die Förderung der Projekte und der Träger, die in der Stadt Halle tätig sind, zuständig mit unserer Förderrichtlinie und auch unser Programm richtet sich auf die Bevölkerung der Stadt Halle und wenn jetzt ein Träger übergreifend tätig ist, ist das immer das Problem, das auch mit Landesförderung zu kombinieren und sozusagen ergänzende oder sogenannte Bausteinförderung zusammenzuführen.

Das haben wir zum Beispiel bei Wildwasser Halle e.V., die sind auch für ganz Sachsen-Anhalt Süd zuständig, aber die werden natürlich aus anderen Töpfen gefördert beim Land und da ist die Fachförderung auch höher auf jeden Fall, aber die Problemlage ist ähnlich, durchaus vergleichbar und da fördern wir auch nur den Anteil, der für die Stadt Halle notwendig wird. Also wie gesagt, Geschäftsführung im Sinne von Entlastung des ehrenamtlichen Vorstands sehe ich an der Stelle entsprechend meiner Förderrichtlinie nicht. Wenn das gewollt ist, müsste man das zusätzlich eben tatsächlich in dem Programm, aber die Stadt hat es von sich aus so nicht vorgeschlagen.

Herr Schöder

Ja, nochmal zu dieser Vereinstätigkeit. Haben, wie groß ist der Verein? Haben Sie Mitglieder? Wie viele sind das? Darf ich das fragen? Ich hätte nichts dagegen, wenn er da gleich antwortet.

Herr Kiel

50, 60, aber viele Ehrenamtliche, die nicht Mitglied bei uns sind.

Herr Schöder

Aha. Ich habe ja damals auch einen Verein gegründet, in der Oper, Sozialkasse des Opernhauses Halle und wir haben uns selbst finanziert durch Mitgliedsbeiträge. Jeder, der Mitglied war, hat also einen Beitrag gezahlt, wir waren also kein, wie sagt man das?

Herr Schachtschneider

Kein eingetragener Verein, kein gemeinnütziger Verein.

Herr Schöder

Das wollte ich, danke. Also, wir waren nicht gemeinnützig, sondern wir waren ein normaler wirtschaftlicher Verein, das war einfacher zu regeln und jeder hat seinen Obolus gezahlt, jeden Monat und daraus konnten satzungsgemäß auch Leute finanziert werden, die in Not waren, das war zum Beispiel unser Ziel. Und das würde mich interessieren, sind Sie gemeinnützig oder sind Sie wirtschaftlich?

Herr Kiel

Seit über 30 Jahren gemeinnützig.

Herr Heym

Ich wollte jetzt nochmal zu einem anderen Punkt kommen.

Es kam vorhin von Ihnen auch im Grunde die Forderung nach einer Referentenstelle in der Stadt für das Anliegen im Grunde zu schaffen. Nun ist ja die Frage, wenn man so eine Stelle schafft, ist der Aufwand angemessen oder muss man bestimmte Dinge überlegen, ob man auch andere Sachverhalte dort mit angliedert. Da ist mir, deswegen die Frage auch, die Idee gekommen, es gibt ja durchaus im beruflichen Umfeld mehrere Gründe, warum Beschäftigte unter Druck geraten können. Also, es ist ja nicht nur der Aspekt, den wir gerade besprechen, es ist Mobbing, Sexualität spielt auch oft rein, also Übergriffe oder Nachstellungen oder Grenzüberschreitung. Die Frage ist, könnte man so eine Stelle, wenn man daran denkt, die zu schaffen, mit solchen Aufgaben komplexer gestalten oder müsste man das reduzieren auf das Anliegen, was wir jetzt besprechen. Was wäre da denkbar, wenn man jetzt sich darüber Gedanken macht?

Frau Haupt

Frau Wildner oder, Sie haben noch etwas Anderes, ja? Herr Senius, Sie haben etwas Anderes? Moment, ich wollte nur fragen, dann würde ich erst Frau Wildner antworten lassen. Ach so, dann.

Herr Senius

Ich habe, Frau Wildner, Sie so verstanden, die Richtlinie der Stadt sieht die Fördermöglichkeiten von hauptamtlichen Geschäftsführern nicht vor, deswegen verstanden. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, wenn sich der Koordinierungsaufwand zum Beispiel erhöht, wäre es möglich.

Frau Haupt

Jetzt würde ich Frau Wildner.

Frau Wildner

Gut, dann fange ich jetzt mit Ihrer Frage an. Selbstverständlich, also wir fördern ja die Koordination, aber wie gesagt, im Moment eben nur in einem Umfang von 10 Wochenstunden. Also, das ist wirklich die Frage, wenn der Haushaltsansatz in der Position in meinem Haushalt Transferaufwendungen, wenn es gelingt, den anzuheben und sozusagen der Koordinierungsaufwand und Beratungsaufwand entsprechend dargestellt ist, dann werde ich Ihnen vorschlagen, die Koordination zu erhöhen, also die Förderung, ja.

Herr Senius

Dann ist es doch hilfreich. Danke.

Frau Wildner

Ja.

Frau Haupt

Ich habe jetzt keine Wortmeldungen weitergesehen? Doch, Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Ich will mal eins noch kundtun. Also das Angebot der Stadt, ggf. nochmal beim Land vorstellig zu werden, inwiefern auch eine Höherforderung möglich ist, ist sicherlich etwas, was wir machen können. Aber da muss ich ganz ehrlich sagen, da habe ich in diesem Jahr schlechte Erfahrungen gemacht. Das haben wir nämlich versucht an einer anderen Stelle, also wegen Kostensteigerung angefragt, inwiefern eine Höherforderung möglich ist und die haben ganz klar gesagt, nö, geht uns nichts an, obwohl es um ein Landesthema geht. Also können wir nicht machen. Natürlich sollten wir es immer wieder versuchen, auch in unseren Bereichen. Herr Schachtschneider hat ja richtigerweise gefragt, also wie ist das denn in anderen Bereichen. Das ist momentan schwierig, aber wir sollten es dennoch tun.

Frau Haupt

Nochmal dazu? Ich würde dann so langsam zu einer Entscheidung kommen.

Herr Schöder

Ich würde gern die Fragen an Frau Dr. Gröger mal richten. Was bietet das Gesundheitsamt eigentlich an für Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen, die in seelischer Not sind? Ich bin auch ein total toleranter Mensch, aber er hat ja angesprochen, dass auch in verschiedenen Bereichen in Betrieben oder Sozialbereichen Mobbing besteht oder Diskriminierung oder so. Gibt es die Möglichkeit, auch natürlich, dass so ein Mensch bei Ihnen Hilfe bekommt?

Frau Haupt

Frau Dr. Gröger, möchten Sie schnell?

Frau Dr. Gröger

Im sozialpsychiatrischen Dienst sind solche Angebote natürlich verankert, wir haben dort zwei Psychologen, wir haben Sozialarbeiter und das ist ein niedrigschwelliges Angebot, was sich an jeden Bürger und jede Bürgerin der Stadt Halle richtet und damit auch in solchen Fällen und wir sind „nur“ beratend und unterstützend tätig, wir können keine Therapie machen oder so, aber wir könnten dem Betreffenden dann entsprechende Ratschläge erteilen, wie in seinem Fall weiter vorgegangen werden kann.

Frau Haupt

Gut, jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen gesehen und ich würde gern für die heutige Sitzung zu einer Entscheidung kommen. Ich hatte, Herr Heym, Entschuldigung, dann, ich dachte, Entschuldigung

Frau Wildner

Also Sie fragten, ob man sozusagen, also, das Projekt in dem Entwurf vom AK Queer richtet sich inhaltlich als Referentenstelle auf dieses Thema. Und auch dieses Projekt finden Sie nicht in unserem Entwurf, weil, auch das für uns, also nicht so tragfähig war, dass wir das als Projekt sozusagen selber vorschlagen. Sie erinnern sich an die Diskussion im 3. GAP, die

wir beide da auch hatten. Es ist das Programm der Stadt. Und hier ist es so, dass wenn man dann eine Kombistelle machen würde, wäre die Frage, was soll da inhaltlich sein, die verschiedenen anderen Diskriminierungsmerkmale nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, die ansonsten da evtl. noch mit angesiedelt werden könnten, ist im Moment für die Stadtverwaltung mir zugeordnet, ich bin die Beschwerdestelle nach AGG, d.h. also, die Untersuchung, ob man da eine Vollzeitstelle oder eine halbe Stelle mit sozusagen diesem Hintergrund, der hier beabsichtigt ist und noch anderen Sachen, das ist eine organisatorische Frage, damit hat sich die Stadtverwaltung damit jetzt nicht auseinandergesetzt. Da tatsächlich eine neue Stelle zu schaffen, das würde ja sozusagen, woanders Aufgaben wieder entfernen und für die Diskriminierung ansonsten der Menschen hier in unserer Stadt und darüber hinaus gibt es die Antidiskriminierungsstelle des Landes Sachsen-Anhalt als Beratungsstelle, hier verortet in Halle.

Frau Haupt

Ja, bitte.

Herr Heym

Mir ging es vor allem darum, an Sie beide, ob Sie hier Erfahrungen haben, ob das ausgeschlossen ist, das ist hier so eher mein Ansatz, ob Sie aus Ihrer fachlichen Einschätzung sagen, meine Klientel, der ist mit so viel Misstrauen begegnet worden, das ist nicht denkbar, dass die sich an solch eine Stelle, die im Grunde so eine umfassende, universale Anlaufstelle ist. Das wäre halt die Frage. Wenn man sich Gedanken macht, ob man von der Basis aus weiterdenken muss oder ob man das mit in Betracht ziehen kann, darum ging es im Grunde, das war so mein Gedanke.

Frau Haupt

Herr Kiel, möchten Sie darauf antworten.

Herr Kiel

Vielleicht werden die über die Idee von so einer beauftragten Stelle von einer anderen Stelle übernommen, die so etwas haben, also Landeshauptstadt Hannover, gut, das sind wesentlich größere Städte, die hier auch Geld in die Hand nehmen und die auch koordinieren, was alles dieses Spektrum LSBTI oder queere Lebensweise betrifft und die haben damit sehr gute Erfahrung gemacht und danach haben wir uns einfach orientiert.

Frau Haupt

Danke. Frau Wildner nochmal.

Frau Wildner

Ja dazu vielleicht auch nochmal eine Bemerkung. Natürlich ist – und dann will ich das Thema auch tatsächlich auch dabei bewenden lassen – natürlich ist es immer gut, wenn man so eine spezielle Stelle hat mit einer hohen konzentrierten Kompetenz an dieser Stelle, aber aus meiner Einschätzung, und jetzt sage ich auch tatsächlich mal, aus meiner Einschätzung ist die Stadt für solch eine Stelle als Einzelstelle bevölkerungsmäßig zu klein. Also Hannover und Leipzig sind nicht mit Halle zu vergleichen, wenn wir das anfangen wollen, wir haben in Frankfurt am Main ein Gleichstellungsbüro mit 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mein Thema.

Frau Haupt

Gut, jetzt habe ich wirklich keine weiteren Wortmeldungen gesehen und ich würde an der Stelle nochmal meinen Vorschlag, schönen Dank Herr Kiel, meinen Vorschlag von vorhin aufgreifen, dass ich, nicht den Vorschlag, sondern ich würde den Antrag stellen, den Geschäftsordnungsantrag, dass wir die Vorlage noch einmal bis zur nächsten Sitzung vertagen, damit in den Fraktionen nochmal über den Antrag, der in den meisten Fällen nicht behandelt werden konnte, gesprochen werden kann.

Wir haben uns ausgetauscht, es gibt viele Dinge dazu zu sagen und ja, wie gesagt, dann würden wir das in der nächsten Sitzung nochmal behandeln. Das ist mein Antrag jetzt. Da gibt es eine, nein, nicht Abstimmung, es gibt nur ein dafür oder dagegen, das muss ich ja zumindest fragen, ob hier jemand dafür oder dagegensprechen möchte. Das scheint nicht so zu sein, dann würde ich jetzt abstimmen.

Wer mit diesem Geschäftsordnungsantrag, also, wer ihn unterstützt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. 1,2,3,4, 8, sehe ich, ja. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einer. Das ist die Mehrheit, vielen Dank. Dann wünsche ich uns viel Erfolg nochmal in der Diskussion in den Fraktionen und möchte erinnern, dass Herr Kiel gesagt hat, er würde auch nochmal kommen, dass Sie das Angebot nehmen und alle Argumente, die heute ausgetauscht wurden, auch mitnehmen. Also wie gesagt, dann zur nächsten Sitzung. Vielen Dank.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des Beschlusses Nr. VII/2021/02849 das Aktionsprogramm der Stadt Halle (Saale) zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt 2023-2026.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur
Verwaltungskommunikation in Leichter Sprache
Vorlage: VII/2023/05232**

Frau Dr. Schöps führte in den Antrag ein und begründete diesen.
Sie wollte auch wissen, was genau in diesem Fahrplan vorgesehen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass sie zu dem Fahrplan keine Aussage treffen kann, dies müsste im Hauptausschuss besprochen werden. Zum Teilhabemanagement sagte sie, dass von einer Verlängerung ausgegangen wird, bisher gab es noch keine Richtlinie vom Land hierzu. Sie sagte, dass die Vereinbarung mit der Hochschule durch sie unterschrieben worden ist, da dies über das Teilhabemanagement erfolgte. Hier soll auch weitergearbeitet werden. Wie die Integration dann in den Relaunch ist, muss mit dem Zeitplan dann im Hauptausschuss dargestellt werden.

Herr Heym ging auf die Homepage der Stadt und deren Bedienbarkeit ein; hier sollte bei der Überarbeitung auf eine leichte und sichere Durchführbarkeit geschaut werden.

Herr Senius sagte, dass man sich mit dem Anliegen der antragstellenden Fraktion nur identifizieren kann, da dies richtig und wichtig ist. Er ging auf die Stellungnahme der Stadt ein, die auf die Rechtswidrigkeit des Antrags hinwies. Deswegen regte er an, dass die Stadtverwaltung erklären sollte, dass dem Antrag stattgegeben wird und dies in der erforderlichen Zeitschiene mit entsprechender Priorität umgesetzt werden soll. Damit könnte der Antrag in der Sache für erledigt erklärt werden können.

Frau Dr. Schöps dankte für die Anregung, sah dies aber nicht ganz so, da es noch nicht überschaubar in der Umsetzung ist und vieles noch unklar ist. Sie sagte, dass sie den Antrag bis zum II. Quartal 2023 vertagen würde, da erst die Umsetzung des von der Verwaltung angekündigten ersten Relaunchs abgewartet wird, um zu sehen, wie viele Angebote in welcher Umsetzung erfolgten.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es in dem Antrag um Öffentlichkeitsarbeit geht und der Bürgermeister diesen deswegen in den Hauptausschuss verwiesen hatte, da dieser federführend an der Stelle wäre. Der Aktionsplan soll bis Juni vorliegen, dieses Thema wird auch ein Teil dabei sein. Mit dem Antrag ist ja der Auftritt der Stadt im Internet gemeint und deswegen empfahl sie, diesen Antrag dort auch zu diskutieren.

Frau Dr. Schöps hielt ihren Vertagungswunsch aufrecht.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf der städtischen Internetpräsenz zeitnah ein Informationsangebot in Leichter Sprache zu wichtigen Dienstleistungen und aktuellen Themen bereitzustellen.
2. Dieses Projekt wird prioritär zum Website-Relaunch behandelt und soll noch vor der Sommerpause zur Verfügung stehen. Das Angebot wird auf der Startseite von halle.de prominent verlinkt und sukzessive ausgebaut.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Verfahrensänderung zu Bildung und Teilhabe - Leistungen für soziale und kulturelle Teilhabe Vorlage: VII/2023/05293

Frau Haupt verwies auf die eingestellte Informationsvorlage, bat aber um eine kurze Einführung.

Frau Brederlow sprach an, dass die Verwaltung sich dieses Themas nochmals angenommen hat, weil es aus den Bereichen Kultur und Sport Hinweise gab, dass die Verfahren zu BuT umständlich sind. Auf Nachfrage kam vom Land die Information, dass dies auch geändert werden kann. Soweit es möglich ist, wurde dies jetzt im Verfahren geändert, eine Antragstellung ist aber zwingend vorgesehen. Sie bat Herrn Kulka, weiter auszuführen.

Herr Kulka stellte sich zuerst den Mitgliedern vor und erläuterte dann die Verfahrensänderung zu Bildung und Teilhabe, insbesondere im Absatz VII. Er zeigte dazu die Anlage der Informationsvorlage als Präsentation. Von besonderem Interesse waren hierbei die dargestellten Seiten 8 und 9 zum Verfahren alt und jetzt neu als solches. Ziel ist es, die Inanspruchnahme der Leistungsarten zu steigern. Das Verfahren ist zum 01.03.2023 in Kraft getreten. Diese Verfahrensänderung betrifft ausschließlich Anspruchsberechtigte des Rechtskreises SGB II. Er wies darauf hin, dass die BuT-Leistungen gegebenenfalls in die Kindergrundsicherung mit einfließen.

Wichtig ist es, diese Information, insbesondere in den Kultur- und Sportbereich zu streuen, damit die Anspruchsberechtigten schnellstmöglich darüber informiert sind. Deswegen hat er im Sportausschuss bereits diese Verfahrensweise vorgestellt, sodass der Stadtsportbund dies entsprechend weitergeben wird. Im Kulturbereich wird dies noch erfolgen.

Herr Kulka wies darauf hin, dass die Ergebnisse dieser Verfahrensumstellung für den SGB II – Bereich nicht kurzfristig sichtbar sein werden. Hier muss abgewartet werden, wie viele Anspruchsberechtigte dies zukünftig in Anspruch nehmen werden und wie viele Vereine mehr daran teilnehmen werden. Er rechnet frühestens im I. Quartal 2024 mit sichtbaren Ergebnissen in den Statistiken.

Herr Senius dankte der Verwaltung für diese Verfahrensvereinfachung.

Er regte für den Kulturbereich an, dass aufgrund der guten Darstellung dieser Vereinfachung diese Präsentation an die Kultureinrichtungen gesendet werden könnte, die Listen müssten über den Geschäftsbereich Kultur und Sport abrufbar sein.

Frau Brederlow sagte, dass der intensive Kontakt zum Geschäftsbereich Kultur und Sport hierzu bereits besteht.

Frau Dr. Schöps begrüßte ebenfalls die Verfahrensvereinfachung. Sie sah eine weitere Vereinfachung darin, wenn Vereine gebündelte Meldungen an das Jobcenter direkt abgeben könnten, wer bei ihnen dem SGB II unterliegt. Eine direkte Antragstellung kann ja dann nur über die Betroffenen selbst erfolgen.

Sie fragte zu Sozialtarifen bei den Vereinen nach.

Frau Brederlow sagte, dass die Frage nach einer Möglichkeit hierzu bereits seit längerer Zeit im Raum steht. Eine Kompensation für den einzelnen Verein aus der Sport- und Kulturförderung müsste dann geprüft werden. Dieses Thema muss mit den Vereinen besprochen werden, inwiefern diese das dann tatsächlich auch leisten können.

Frau Dr. Schöps fragte, ob für die Lernförderung ähnliche Verfahren in Betracht gezogen werden können.

Herr Kulka sagte, dass dies bisher noch kein Thema ist. Lernförderung ist eine relativ teure BuT-Leistung, sodass eine Vereinfachung des Verfahrens bisher nicht in Frage gekommen ist. Bisher erfolgt die Lernförderung über einen Gutschein, der in Stunden abgerechnet wird. Die Absicherung über eine einmalige Vorauszahlung dieser stundengenauen Abrechnung erscheint hier unpraktikabel. Ähnlich ist es bei der Mittagessenversorgung, da hier portionsweise abgerechnet wird. Deswegen wurde auch nur die Vereinfachung hier im dargestellten Bereich erwogen.

Herr Bönisch fragte, ob nicht gerade auch im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes vereinfachte Methoden eingeführt werden sollten, um jeden Kunden erreichen zu können. Die Bemühung zur Integration ist wichtig.

Frau Brederlow sagte, dass dies als Anregung aufgenommen werden kann. Das Thema Integrationsleistungen, die von den Kommunen erbracht werden, ist gerade eine „Reizthema“, insbesondere, was den Flüchtlingsgipfel angeht. Den Kommunen geht es hauptsächlich um die Integrationsleistungen, die zu erbringen sind.

zu 6.2 Sozialberichterstattung - Seniorenstudie
Vorlage: VII/2023/05309

Frau Haupt wies auf die hinterlegte Informationsvorlage hin. Sie begrüßte auch die Seniorenbeauftragte Frau Riethmüller, welche zum Thema mit anwesend ist.

Frau Brederlow sprach an, dass es eine Zeit benötigt hat, um die Studie und die entsprechende Fortschreibung, die auf der Studie basiert, zu bekommen. Sollten im Nachgang zu der heutigen Sitzung noch Fragen entstehen, können diese an die Verwaltung gegeben werden.

Herr Weiske informierte zum vorliegenden Stand der Seniorenstudie und ging auf einige Details ein. Im ersten Teil sind die Datenlage, die Fortschreibung der Altenberichterstattung und des Pflegeinfrastrukturberichtes. Im zweiten Teil, welches separiert worden ist, ist eine Befragung von Senioren mit Unterstützung des Institutes für Pflegewissenschaften der Medizinischen Fakultät der MLU erfolgt. Er ging kurz auf die Auswertung der Fragebögen ein, aus der u. a. hervorging, dass die Mobilitätsmöglichkeiten in der Stadt positiv bewertet werden. Zum Thema altersgerechtes Wohnen gibt es trotz vieler Beratungsangebote für Senioren einen großen Bedarf nach Informationen. Hier muss überlegt werden, wie die Zugänge zu den Informationen verbessert werden können.

Frau Dr. Brock-Harder sprach an, dass aufgrund der umfangreichen Informationsvorlage noch nicht alles gründlich gelesen werden konnte, deswegen regte sie an, dies nochmals auf die Tagesordnung zu setzen, um ggf. nachfragen zu können.

Frau Dr. Brock-Harder fragte, wo der konkrete Handlungsbedarf für die Kommune gesehen wird.

Frau Haupt schlug vor, die Fragen erst zu sammeln, damit dann darauf geantwortet werden kann.

Herr Bönisch fragte, wie sicher die Verwaltung ist, dass die Antworten, die gegeben worden sind, auf Informationsbedürfnissen basierte und nicht anfrageindiziert waren. Da gibt es ja sicher wissenschaftliche Methoden um das zu bewerten. Wurde das entsprechend schon abgebildet?

Frau Haupt ging auf die aufgestellten Leitlinien, die gewissermaßen Handlungsfelder darstellen, ein. Was unternimmt die Verwaltung, dass entsprechende Sachen gehört werden, wie bspw. zum seniorengerechten oder behindertengerechten Wohnen? Wie können Erwartungshaltungen der Senioren erfüllt werden?

Herr Weiske ging erst auf die Frage von Herrn Bönisch ein und sagte, dass der Fragebogen wissenschaftlich getestet worden ist. So eine ähnliche Studie wurde von dem genannten Institut bereits vor Jahren in Zörbig durchgeführt. Es wurde versucht, die Fragen in leicht verständlicher Sprache für Senioren zu entwickeln. Bspw. wurde nach der Frage zum Interesse auf ein Ehrenamt deutlich, dass hier großes Interesse besteht, die Senioren aber nicht wissen, wie sie dazu Zugang erhalten können.

Zur Mobilität wurden viele andere Bereiche mit eingebunden und diese haben hier mitgewirkt. Mit diesen werden auch die Fragebögen entsprechend ausgewertet und die Handlungsfelder abgesteckt.

Zum Komplex „Wohnen“ werden auch die Wohnungsunternehmen mit einbezogen. Es geht hierbei auch um bezahlbaren Wohnraum. Im Luxussegment angesiedelter seniorengerechter Wohnraum kann nicht von vielen Senioren genutzt werden, da unbezahlbar.

Hier muss geschaut werden, über welche Fördermittel hier etwas machbar ist bzw. mit dem Land verhandelt werden, dass solche Wohnraumanpassungen für Senioren gefördert werden.

Zur Frage von Frau Dr. Brock-Harder entgegnete **Herr Weiske**, dass sich die konkreten Handlungsfelder erst herauskristallisieren können, wenn die Auswertungen abgeschlossen sind. Es soll mit dem Seniorenbeirat, Pflegeeinrichtungen, den beiden Stiftungen in der Stadt und vielen anderen gemeinsam hingewirkt werden, um Handlungsfelder für ein seniorengerechteres Wohnen vorantreiben zu können.

Er wies auf die Ausführungen in Seite 3 hin, dass die Veränderungen der Pflegegesetze leider nicht dazu geführt haben, dass der Stadt Halle größere Spielräume eingeräumt worden sind. Es bleibt dabei, dass im Land Sachsen-Anhalt die Altenhilfe nicht der Kommune übertragen worden ist, sondern dies im Land verblieben ist und dies über die Sozialagentur organisiert wird. Die Sozialagentur hat die Ressourcen, die die Kommune nicht hat. Die Stadt muss schauen, was sie mit den zur Verfügung gestellten Mitteln für die Daseinsfürsorge für ältere Menschen bewirken kann.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es nicht nur ältere Menschen gibt, die in die Pflegeversicherung fallen. In der Studie wurden einige Handlungsbedarfe hierzu bereits aufgezeigt, bspw. bei den Gehwegen. Das muss dann in bestimmten Arbeitsgruppen mit einfließen. Der Runde Tisch Wohnen wird auch zu den Themen einbezogen werden. Die Seniorenstudie soll dann auch regelmäßig fortgeschrieben werden.

Frau Dr. Brock-Harder regte an, dass dies im Themenspeicher mit aufgenommen und dann thematisiert werden soll, wenn die Verwaltung Vorschläge machen kann, wo die Handlungsbedarfe sind.

Frau Brederlow sagte zu, dass die Verwaltung den Ausschuss informieren wird, wenn die Gespräche mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren gelaufen sind. Die Fraktionen können ebenfalls bestimmte Handlungsmöglichkeiten identifizieren.

Frau Riethmüller drückte ihre Freude darüber aus, dass eine Befragung der Senioren möglich gemacht wurde, die auch wissenschaftlich begleitet worden ist.

Sie ging auf die Frage von Frau Haupt zu den Leitlinien ein. Die Leitlinien wurden im alten Bericht 2009/2010 bereits festgeschrieben. Vor der Erstellung der Studie wurde bereits die Diskussion um die Leitlinien mit den Vereinen und Verbänden geführt. Deswegen sind die jetzt dargelegten Leitlinien auch modifiziert worden. Die Studie hat gezeigt, dass viele Senioren noch analog antworten, das heißt, dass nach wie vor Informationen nicht nur digital gestreut werden können, sondern nach anderen Möglichkeiten geschaut werden muss, wie das verbessert werden kann. Das sah sie als Schwerpunkt mit an.

Herr Schachtschneider sagte, dass geschaut werden muss, wie man die Menschen mit Informationen versorgen kann, damit sie besser informiert sind. Vielleicht auch mit der leichten Sprache, die heute auch Thema war.

Herr Heym teilte die Erfahrungen und Anliegen der entsprechenden Zielgruppe mit, die seine Fraktion erreichten. In den letzten Jahren war Ziel der Kritik die Verteilung des Amtsblattes, welches nicht mehr die Zielgruppe direkt erreicht und die Einstellung des Angebotes tv halle.

Die Zielgruppe fühlt sich dadurch mit Informationen sehr eingeschränkt.

Frau Brederlow sagte, dass bei der Verteilung des Amtsblattes versucht wird, eine Optimierung hinzubekommen. Bei kommerziellen Sendungen bestehen kaum Möglichkeiten, etwas zu ändern.

Frau Haupt sagte, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und dieses Thema im Themenspeicher aufgenommen und in diesem Jahr wieder aufgerufen wird.

zu 6.3 Berichterstattung für das Jahr 2022 zu den Frühen Hilfen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05394

Frau Dr. Gröger sagte, dass der heutige Bericht etwas anders aufgebaut wurde und der ein oder andere Schwerpunkt etwas anders gelegt worden ist. Sie gab das Wort an ihre Mitarbeiterin Frau Franke, die den Bereich Frühe Hilfen innehat.

Frau Franke stellte sich kurz vor und führte anhand einer Präsentation in den Bericht Frühe Hilfen ein. *Diese Präsentation wurde in Session hinterlegt.*

Sie sprach u. a. an, dass die Frühen Hilfen in Deutschland 2006/2007 als soziales Frühwarnsystem gedacht waren. Es gab damals 10 Modellprojekte, u. a. auch im Land Sachsen-Anhalt, „Frühstart Familienhebammen im Land Sachsen-Anhalt“. Dadurch werden heute noch von einigen Menschen die Frühen Hilfen nur mit Familienhebammen in Verbindung gebracht.

Im Jahr 2012 wurde durch die Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes die Bundesinitiative „Frühe Hilfen und Familienhebammen“ gestartet und im Jahr 2018 wurden die Frühen Hilfen mit der Gründung der Stiftung verstetigt. Für das Jahr 2023 wurden 56 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Der Bedarf in der Stadt Halle ist entsprechend hoch.

Seit dem Jahr 2019 wurden die Frühe Hilfen im Fachbereich Gesundheit verortet, damit ein besserer Zugang zu den Familien gewährleistet werden kann.

Sie stellte anhand der Präsentation die fünf Handlungssäulen der Koordinationsstelle in Halle (Saale) vor und erläuterte die entsprechenden Aufgaben hierzu.

Im Jahr 2022 wurden die Qualitätsstandards für einen bedarfsgerechten Einsatz der Frühen Hilfen in Halle eingeführt. Es gab mehr Unterstützungsanfragen als Fördermittel und es wird mit einem stetigen Anstieg der Anfragen gerechnet.

Frau Franke berichtete abschließend über Vorhaben in diesem Jahr und führte hierzu aus. U. a. soll am 11.05.2023 ein Aktionstag „Frühe Hilfen 2023“ stattfinden, Anlass ist das zehnjährige Bestehen der Frühen Hilfen. Vormittags werden Akteure der Frühen Hilfen im Stadthaus zusammenkommen und am Nachmittag werden sich alle Akteure auf dem Marktplatz der Bevölkerung mit einem Rahmenprogramm und den entsprechenden Angeboten für Familien präsentieren. Sie lud die Mitglieder des Ausschusses hierzu ein.

Frau Dr. Brock-Harder bemängelte die Homepage der Stadt, über welche man schlecht auf die Frühen Hilfen geführt wird. Sie trug mehrere Fragen vor:
Sie sprach Seite 5, die Aufstellung der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit mit 8000 Euro an. Wofür werden diese Mittel eingesetzt?
Auf Seite 6 steht, dass die Babyslotsen aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht verstetigt werden können, was heißt das? Und auf Seite 11 steht, dass 2053 Fachleistungsstunden abgeleistet worden sind, bei den Honorarkosten stehen 10 TEUR, hierzu bat sie um Erläuterung.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass die Nichtverstetigung der Babylotsen daran lag, dass im Jahr 2022 die Mittel „Aufholen nach Corona“, die auch entsprechend vergeben werden konnten, zur Verfügung standen und mit dem Haushalt 2023 eine Finanzierung dieser freiwilligen Leistung nicht möglich gewesen ist. Demzufolge musste das Angebot zurückgefahren werden. Jetzt wird von „Familienlotsen“ gesprochen, d. h., das Angebot wurde nicht ganz zurückgefahren, sondern gemeinsam mit den Franckeschen Stiftungen, die im Jahr 2022 ein guter Partner waren, versucht, eine Lösung zu finden, sodass es im Jahr 2023 zumindest verkürzt weitergehen kann.

Wenn finanzielle Mittel fehlen, muss nach Kompromissen gesucht werden und sie betonte hierbei, dass das Angebot nicht auf null zurückgefahren worden ist.

Sie wies darauf hin, dass derzeit der Internetauftritt der Stadt überarbeitet wird und sie drückte damit ihre Hoffnung aus, dass über Suchbegriffe die Zugänge leichter zu finden sind.

Frau Franke sagte, dass auf der Homepage der Stadt bei der Eingabe „Frühe Hilfen“ die Seite kommt, unter welcher man auch den Antrag finden kann. Bezüglich der angesprochenen Summen erklärte sie, dass die 10 TEUR städtische Mittel sind, welche für die Fachkräfte zu den Frühen Hilfen dazu gegeben werden. Die 8000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit waren die Mittel aus „Aufholen nach Corona“, hiervon wurden bspw. 2000 Euro für ein großes Treffen der Krabbelgruppen in den Franckeschen Stiftungen genutzt.

Frau Dr. Brock-Harder fragte, ob für 2023 keine finanziellen Mittel für die Babylotsen im Haushalt der Stadt eingepflegt worden sind.

Frau Brederlow erwiderte, dass natürlich das eingebracht worden ist, aber die Diskussion um den Haushalt und die Haushaltskonsolidierung und den Wegfall freiwilliger Aufgaben hinreichend bekannt sind. Es war nicht möglich, dies im Haushalt aufzunehmen.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass sie dies für den Haushalt 2024 im Blick behalten wird. Sie ging jetzt auf die Seite 17 ein und merkte an, dass durch das Qualitätsmanagement zwei Stellen Familienhebammen weggefallen sind. Aus ihrer Sicht sinkt auch die Qualität der Frühen Hilfen, wenn nur noch 3 Familienhebammen und 5 Familien- und Kinderkrankenpflegerinnen da sind. Deshalb fragte sie, ob Gespräche mit dem Hebammenverband laufen, um ggf. neue Hebammen zu gewinnen, da dies aus ihrer Sicht wichtig ist.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass prinzipiell geschaut werden muss, dass die angemeldeten Bedarfe entsprechend verwaltet und aufgearbeitet werden. Es kann nicht sein, dass keine Regulierung stattfinden soll. Es mussten Standards erarbeitet werden, um Regularien zu schaffen. Das dies den alteingesessenen Hebammen nicht gefällt, kann sie nachvollziehen, dennoch ändert dies nichts an der Verantwortung der Verwaltung, die die Mittelvergabe darlegen und begründen muss. Es gab Gespräche mit den Hebammen und diese konnten Fragen stellen oder Bedenken äußern. Von den zwei benannten ausgeschiedenen Hebammen ist ihr bekannt, dass eine davon altersbedingt ausgeschieden ist.

Sie betonte, dass an den Qualitätsstandards festgehalten wird, ggf. werden diese nach einer gewissen Zeit auch evaluiert werden.

Frau Franke sagte, dass Familienhebammen und Familiengesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen die gleichen Aufgaben haben, alle verfügen über eine Zusatzqualifikation, nach welcher sie die Bezeichnung tragen dürfen. Es ist ein Unterschied bei dem, was die Hebamme regulär macht, was die Krankenkasse bezahlt, das sind andere

Aufgaben, für welche die Familienhebamme zuständig ist. Die Hebamme soll bereits in der Schwangerschaft da sein, selbst die Kinderkrankenschwester kann die Familie in der Schwangerschaft betreuen, wenn parallel im Tandem eine Hebamme mit dazu geholt wird.

Es gab einen Wechsel, hier konnten gute neue Kolleginnen nachqualifiziert werden. Morgen hat sie ein Zusammentreffen mit einer älteren Hebamme und es wird geschaut, ob ein Zusammenfinden wieder möglich ist.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass jetzt im Ausschuss hierzu nicht in die Tiefe gegangen werden kann, da dies mehr ein Fachthema ist. Sie hatte in die Unterlagen einsehen können. Sie fand es positiv, dass hier wieder versucht wird, ins Gespräch zu kommen und dass die Frühen Hilfen wieder auf einen guten Weg gebracht werden. Sie merkte an, dass es ihr nicht darum geht, dass es keine Qualitätsstandards gibt. Sie möchte aber nicht, dass eine Familie im Erstkontakt gefragt wird, ob sie Suchterfahrung hat, das ist hochschwierig. Es muss geschaut werden, was tatsächlich an Daten zu welchem Zeitpunkt erhoben werden soll. Vielleicht kann dies nach 4,5 Gesprächen erfahren werden, aber nicht im Zugangsgespräch.

Frau Dr. Gröger dankte für den Hinweis, dieser wird aufgenommen. Sie geht davon aus, dass jemand mit der Ausbildung und einer entsprechenden Professionalität das Gespür entwickelt, wann diese Frage gestellt werden kann. Es wird nicht erwartet, dass bereits nach dem ersten Gespräch der Fragebogen zurückgesendet wird und alle Kreuze bereits gesetzt sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 6.4 Darstellung der Erträge und Aufwendungen zu den Angeboten Bildung und Teilhabe des Haushaltsjahres 2022
Vorlage: VII/2023/05395

Frau Haupt sagte, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine entsprechende Information hinterlegt wurde.

Frau Brederlow merkte an, dass Frau Winter heute nicht mit anwesend sein konnte. Bei Fragen werden diese aufgenommen und bis zur nächsten Sitzung beantwortet.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 6.5 Mitteilung zum Hospiz

Frau Brederlow sagte, dass das neugebaute Hospiz am 29.03.2023 offiziell eröffnet wird, sodass sie bei der Stadtratssitzung kurze Zeit nicht anwesend sein wird.

Zu gegebener Zeit soll dies vor Ort mal besichtigt werden und evtl. eine Sitzung des Ausschusses dort stattfinden.

zu 6.6 Mitteilung zur Ausstellung Krebs? - na und !

Frau Wildner informierte, dass eine Ausstellung ihres Bereiches in Kooperation mit dem Verein Frauenselbsthilfe nach Krebs Sachsen-Anhalt e.V. in einer Woche eröffnet wird. Sie verteilte dazu Informationsblätter und lud zur Eröffnung im Ratshof dazu ein.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Sachmittelbudget des Quartiersmanagements** **Vorlage: VII/2023/05300**

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Anfrage schriftlich eingereicht wurde und die Antwort der Verwaltung dazu vorliegt. Sie fragte zu einer Verständnisproblematik nach. Es wurde mitgeteilt, dass die Mittel immer auskömmlich waren. Im Jahr 2022 gab es kein Budget wegen der Haushaltssperre, demnach kann es nicht auskömmlich gewesen sein.

Diese Beantwortung wird nachgereicht.

zu 7.2 **Frau Dr. Schöps zu Mietzahlungen durch das Jobcenter**

Frau Dr. Schöps sagte, dass es in Halle vermehrt zu Eigentümerwechseln kam, auch bei Wohnungen, deren Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld drin wohnen. Einige haben das Jobcenter beauftragt, die Miete direkt an den Eigentümer zu überweisen, haben aber bei Eigentümerwechsel vergessen, dies dem Jobcenter mitzuteilen. Als aktuelles Beispiel benannte sie den Verkauf der Wohnungen ehemals Adler Group. Dadurch kam es zu Überweisungen der Miete auf ein ehemalig altes Konto. Es entstanden Mietschulden und es kam zu Kündigungen. Deswegen fragte sie, ob es Lösungsansätze hierfür gibt, indem unter Wahrung des Datenschutzes z. B. Eigentümerwechsel pauschal berücksichtigt werden können. Kann das Jobcenter prüfen, nachdem die erste Meldung dazu eingegangen ist, ob noch weitere Mietzahlungen davon betroffen sind, die an dieses Konto gehen müssen. Sieht die Stadtverwaltung bei Bekanntwerden größerer Wohnungsverkäufe die Möglichkeit unter Wahrung des Datenschutzes vermietende Unternehmen pauschal um eine Information bezüglich betroffener Mieterinnen und Mieter an das Jobcenter zu bitten oder sie dazu zu motivieren?

Frau Brederlow sieht keine Lösung hierfür, da jede/r Leistungsempfänger/in verpflichtet ist, jede Änderung mitzuteilen. Diese erhalten Sozialleistungen und es gibt die Verpflichtung, dies selbst mitzuteilen. Die Stadt hat nicht automatisch Kenntnis von jedem Eigentümerwechsel.

Frau Dr. Schöps sagte, dass doch die Vermieter wissen, von welchem Konto die Mietzahlungen kommen, somit auch, wenn Eingänge vom Jobcenter kommen. Warum können die Vermieter nicht verpflichtet werden, den Mietzahler zu informieren?

Frau Brederlow entgegnete, dass es dazu keine gesetzliche Grundlage gibt.

zu 7.3 **Frau Dr. Schöps zum digitalen Wohngeldantrag**

Frau Dr. Schöps sagte, dass in vielen Ländern bereits der digitale Wohngeldantrag verfügbar ist. In Halle wurde bisher immer an das Land verwiesen, welches erst die Voraussetzungen dafür schaffen muss. Gibt es hierzu einen aktuellen Stand?

Frau Brederlow antwortete, dass sich die Verwaltung regelmäßig an das Land wendet und erwartet, dass dies vom Land Sachsen-Anhalt auch endlich eingeführt wird. Bisher gibt es noch keine Änderung dazu.

zu 7.4 Herr Schöder zum Jobcenter

Herr Schöder sprach als selbst Betroffener an, dass er eine Putzfrau über das Jobcenter erhält. Leider sind die Unterlagen, die ihm zugehen, nur maschinell unterschrieben, sodass er keine Kontaktdaten hat, da immer nur eine Nummer hinterlegt wurde. Über E-Mail kann man nicht sicher dazu mit dem Jobcenter kommunizieren. Er fragte, wer sich hinter der Nummer verbirgt, um eine direkte Kontaktaufnahme entstehen lassen zu können.

Frau Brederlow entgegnete, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters nicht öffentlich benannt werden. Dies wurde vom Jobcenter als Sicherheitsmaßnahme festgelegt und wird auch nicht geändert werden.

Herr Schöder sagte, dass er sich doch auch als Person beim Jobcenter meldet, wieso ist das dann nicht umgekehrt ebenso möglich.

Herr Kulka sagte, dass das Jobcenter jetzt die digitale Antragstellung eingeführt hat. Das bedeutet auch, dass mit einer normalen E-Mail an das Jobcenter gerichtet, auch keine Antwort mehr erfolgen wird. Wenn es eine Nachfrage zu der Putzfrau gibt, die an das Jobcenter gerichtet wird, erfolgt aus Datenschutzgründen auch keine Antwort mehr. Er erläuterte kurz den Werdegang eines internen Outlook-Postfaches für eine/n digital angemeldete/ Kunden/-in. Die Putzkraft steht im Rechtsverhältnis mit dem Jobcenter und nicht mit ihm.

Herr Schöder bat darum, dass ihm die Hinweise per E-Mail zugesendet werden.

Frau Haupt sagte, dass dies bitte bilateral geklärt werden möchte.

zu 7.5 Herr Heym zu einer Kinderkrankheit

Herr Heym bezog sich auf einen MZ-Artikel zu einer Kinderkrankheit, wo es um eine sehr hohe Wartezeit für die zu behandelnden Kinder geht. Da diese Kinderkrankheit ggf. mit einer Entwicklungsstörung korrespondiert, fragte er, wie die Entwicklung in der Stadt Halle dazu ist und wie die Wartezeiten ambulant als auch stationär in Halle hierzu sind. Eine schriftliche Beantwortung würde ihm genügen.

Frau Dr. Gröger sagte, dass es hierzu keine Statistik gibt, sondern über die jeweiligen Krankenkassen zu erfragen wäre. Eine Problemlage ist ihr nicht bekannt, da es bisher keinerlei Beschwerden hierzu in ihrem Fachbereich gab.

zu 7.6 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Wohngeldantrag

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte zu der derzeitigen Situation der Wohngeldbeantragung an. Sie benannte ein konkretes Beispiel, wo ihr bekannt ist, dass die Antragstellerin mehrfach eine Nachforderung von Unterlagen zu ihrem Antrag hatte. Unverständlich hierbei, dass dies nicht in einem Schreiben kam, sondern alles einzeln als Nachforderung. Geht das auch einfacher? Wie ist der Rückstau bei anderen Anträgen?

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es sich um eine Bundesregelung handelt, die nicht einfacher geht. Das Verfahren ist so vorgesehen. Sie ist der HWG, GWG und künftig auch die Wohnungsgenossenschaften sehr dankbar, dass diese Beratungsangebote für ihre Mieter/-innen anbieten, damit die Anträge möglichst vollständig ausgefüllt werden können.

Zur Antragslage informierte sie, dass deutlich über dem 3-fachen der vorher eingegangenen Anträge gelegen wird. Die Bearbeitungszeiten liegen zwischen 6 Wochen bis zu einem Vierteljahr, je nachdem wie vollständig die Anträge bereits eingereicht wurden. Es liegen nach Rückinformation bspw. der GWG noch nicht alle Anträge vor. Deren Beratungstermine sind für März bereits voll vergeben.

zu 7.7 Frau Hecht zu barrierefreien Spielplätzen

Frau Hecht sagte, dass sie den Medien entnommen hat, dass ein zweiter großer Spielplatz in der Stadt gebaut werden soll. Den Unterlagen hat sie entnommen, dass wieder keine Barrierefreiheit gegeben sein wird. Das ist bei neu geplanten Vorhaben sehr bedauerlich, sodass sie fragte, nach welchen Kriterien neue Vorhaben geplant, konzipiert und erstellt werden. Sie regte an, einen Verantwortlichen aus dem Stadtplanungsamt o. ä. in den Ausschuss zu bitten, um dies hier mal darzulegen.

Frau Brederlow antwortete, dass es für Kitas und Schulen klare Regelungen gibt, diese müssen barrierefrei sein. Die Anregung fand sie gut, sodass dies für den Themenspeicher mit aufgenommen wird.

Herr Schöder merkte an, dass dies im letzten Vergabeausschuss auch Thema war und die Barrierefreiheit sehr ernst genommen wird.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Schachtschneider zur Vorstellung einer Veranstaltung im Ausschuss

Herr Schachtschneider sagte, dass ihm bekannt ist, dass ein ehemaliger Schulleiter einer Behindertenschule, Herr Karge, jetzt einen Verein gegründet hat. Dieser würde gern im Herbst eine größere Veranstaltung organisieren. Dieser würde gern sein Projekt und sein Betätigungsfeld hier im Ausschuss vorstellen wollen., ist aber schon rege im Gespräch mit verschiedenen Personen dazu.

Dies regte **Herr Schachtschneider** für den Themenspeicher an.

zu 8.2 Herr Senius zum Tierschutzverein

Herr Senius regte an, dass der Tierschutzverein zu Tierwohlverletzungen im Zoo durch die Lichterwelten mal in einem zuständigen Ausschuss vorsprechen wollten. Er denkt, dass dies hier im Ausschuss an der richtigen Stelle wäre.

Frau Haupt sagte, dass geprüft werden muss, ob hier nicht eher der Ordnungsausschuss dafür der richtige Ansprechpartner wäre.

Frau Brederlow sagte, dass dies nicht unter den Veterinärdienst fällt, demzufolge wird Herr Senius seinen Fraktionskollegen im Ausschuss für Klimaschutz, Ordnungsangelegenheiten und Umwelt dies als Anregung für deren Ausschuss mitgeben.

zu 8.3 Herr Senius zur Online-Plattform INTEGRATE

Herr Senius verwies auf die Online – Plattform INTEGRATE. Hier werden strukturiert durch Kommunen deren Integrationsangebote dargelegt. Er regte an, dass hier mal geprüft wird, inwieweit Halle sich hier mit präsentieren will.

zu 8.4 Frau Dr. Schöps zur städtischen Website

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Informationen zum Wohngeld seit Anfang 2023 nicht aktualisiert worden sind, zum Teil auch irreführend für Nutzer, da zu bundeseinheitlichen Formularen, aber auch zu den Formularen des Landes verwiesen wird. Eine Verlinkung zum Wohngeldrechner fehlt.

Sie regte an, die Dienstleistung Wohngeld übersichtlicher zu gestalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Maik Stehle
Stellv. Protokollführer